

Jahresversammlung der GEW-Senioren im „Loccumer Hof“

Bolkestein-Richtlinie erfordert kräftiges Entgegensteuern

Zur Jahresversammlung der Fachgruppe SeniorInnen im GEW-Bezirksverband Hannover kamen im „Loccumer Hof“ wieder über 80 Teilnehmer zusammen. Wissend und wissbegierig in den Diskussionen zu allen Themen sorgten sie dafür, dass die Referenten die für sie vorgesehene Zeit bereitwillig überzogen.

Zunächst berichtete der Vorsitzende der Landesfachgruppe, Erwin Meyer, über seine Tätigkeit im Bundesseniorenausschuss, im Redaktionsbeirat der Seniorenzeitschrift „Dialog“ und im seniorenpolitischen Arbeitskreis des DGB-Landesbezirks. Soeben sei der „Senioren-Ratgeber“ in Neuauflage erschienen. Wichtigste Aufgabe sei die Mitgliederbindung der „Jungen Alten“ ab Mitte 50 in den Jahren vor dem Ruhestand und danach. Das Durchschnittsalter auf der Landesdelegiertenkonferenz im Oktober lag bei 56.

GEW-Landesvorsitzender Eberhard Brandt referierte über „Ein-Euro-Jobs in Schulen“. Vehement verwarf er die Pläne des Kultusministers, an der Hälfte der Schulstandorte in Niedersachsen einen Ein-Euro-Job anzubieten. Der Gesetzgeber schreibe vor, es müsse sich um „zusätzliche „Arbeitsgelegenheiten“ handeln. Minister Busemann zähle aber von der Pausenaufsicht bis zur Nachmittagsbetreuung



Foto: Matthias Stenzel

„Ein-Euro-Jobs in Schulen sind nicht der richtige Weg.“ Eberhard Brandt, GEW-Landesvorsitzender, gehörte zu den Referenten bei der Jahresversammlung der Senioren des Bezirksverbandes Hannover.

originäre Aufgaben einer staatlichen Bildungseinrichtung auf, die pädagogisch notwendig und durch reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge abzusichern seien. Nach Durchlöcherung des unbefristeten BAT-Vertragssystems werde der Niedriglohnbereich ausgeweitet. „Wir kämpfen gegen tariflohnfreie Zonen.“

Die Diskussion lenkte den Blick auf andere Felder aktueller Schulpolitik, z.B. auf die negativen Auswirkungen der Entwicklung zur „Eigenverantwortlichen Schule“.

Damit war der Bogen gespannt zum Vortrag des hannoverschen GEW-Sekretärs Nils Johannsen über die „Bolkestein-Richtlinie“. Der ehemalige EU-Kommissar Frits Bolkestein hat den Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie erstellt, die bis 2010 in der EU umgesetzt werden soll. Danach werden nicht nur Reisebüros, Unternehmensberater und der Fremdenverkehr, sondern auch Bereiche wie Kultur, Bildung, Gesundheit wie gewöhnliche Wirtschaftsprodukte behandelt und den

Konkurrenzmechanismen unterworfen. Die deutsche Politik hat dies bisher noch nicht unterstützt. Vizekanzler Müntefering hat angekündigt, man werde darüber im ersten Halbjahr 2006 diskutieren.

Kollege Johannsen warnte vor der Deregulierung und Kommerzialisierung im Bildungswesen. Erwerbszweckorientierte Anbieter werfen dem öffentlich-gemeinnützigen Schulsystem „Wettbewerbsverzerrung“ vor. Die Niederlassungsfreiheit von Privatunternehmen, Banken und Stiftungen führe nach dem „Herkunftslandprinzip“ dazu, dass Auflagen und Kontrollen des Tätigkeitslandes außer Kraft gesetzt werden. Freie, private Träger könnten sich Dank der europaweiten Niederlassungsfreiheit der Schulen und Hochschulen bemächtigen und im Verdrängungswettbewerb niedrigste Standards, z.B. bei der Entlohnung der Beschäftigten, herbeiführen. Dem müsse jetzt energisch gegengesteuert werden, forderte Johannsen.

MATTHIAS STENZEL

Landesweites Seminar der GEW für Studierende

Konzepte für ein Bildungsangebot entwickeln

In mitten einer wunderschönen Winterlandschaft fand in Springe das zweite landesweite Seminar der GEW Niedersachsen für Studierende statt. Dabei ging es vor allem um die Konzeptionierung eines Bildungsangebotes, das im Sommersemester 2006 erstmalig in Kooperation mit Fachschaften oder Hochschulgruppen durchgeführt werden soll.

In einem ersten Teil des Seminars wurde anhand von Texten der Philosophen Hans Heinz Holz und Alex Demirovic ein Bildungs- und Wissenschaftsverständnis erarbeitet, das die wesentlichen Erkenntnisse der Aufklärung reflektiert und aktualisiert. Dem wurde das Bildungs- und Wissenschaftsverständnis der Niedersächsischen Landesregierung gegen-

übergestellt, wobei es kaum Gemeinsamkeiten festzustellen gab.

Der zweite große Themenblock beschäftigte sich mit den bestehenden Mitbestimmungselementen an der Hochschule und den geläufigen und geplanten Reformvorstellungen, die anhand älterer Texte des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) auf ihren Urheber zurückgeführt wurden. Vorschläge der GEW zur Demokratisierung der Hochschulen, Mitte der 80er Jahre formuliert, erwiesen sich als hochaktuell und warten auf ihre überfällige Umsetzung.

In einem letzten inhaltlichen Block wurde anhand von Statistiken, die die Meinungsvielfalt der Studierendenschaft quantitativ sicht-

bar machen sollte, das Potenzial für eine progressive Gegenbewegung ausgelotet, wobei die Erkenntnisse des Vortages mit einbezogen werden konnten.

Wichtig war den TeilnehmerInnen dabei vor allem, dass die mangelnde Protestbereitschaft der Studierenden nicht immer nur bedauert wird, um eigene Versäumnisse zu kaschieren, sondern dass erstens die sich objektiv verschlechterten Bedingungen für Studierende berücksichtigt werden und zweitens ein konkretes (Bildungs-) Angebot von Seiten der GEW gestaltet wird, um beispielsweise den Protest gegen Studiengebühren zu effektivieren und zu verbreitern.

Das Seminarkonzept wurde dabei als sinnvolles Aufklärungsangebot für aktive Studierende gesehen und schließt demnach eine Lücke in der Bildungsarbeit politischer Hochschulgruppen. Denn fundierte Grundlagenarbeit für die politische Praxis, die oftmals kurzfristige Aneignung von Spezialwissen verlangt, lässt eine notwendige Aneignung von Orientierungswissen immer wieder in den Hintergrund treten.

LARS MÖRKING